

Beitrag von Herrn Polizeipräsidenten Bereswill anlässlich der Umbenennung der Veranstaltungsräume im Polizeipräsidium Frankfurt am Main am 27. Januar 2021

Am 27. Januar, vor 76 Jahren, befreite die Rote Armee den Lagerkomplex Auschwitz. Auschwitz-Birkenau war das größte der nationalsozialistischen Vernichtungslager. An diesem Tag wird stellvertretend allen Opfern des Nationalsozialismus, insbesondere denen, die in den mörderischen Konzentrations- und Vernichtungslagern der Nationalsozialisten litten, gedacht. Dazu gehört der Völkermord an Jüdinnen und Juden, die Schoah, mit über 6 Millionen Toten. Gedenken bedeutet, die Opfer zu ehren, aber auch, sich ihrer damaligen Situation bewusst zu werden: Ein Zustand unaufhörlicher Qual und Erniedrigung. Das Absprechen ihres Mensch-Seins bis hin zur Auslöschung ihres Lebens.

Dieses verbrecherische System hätte nicht funktionieren können ohne Menschen, die es unterstützen und auch nicht ohne Menschen, die einfach hinnehmen, was passiert. Genauso wenig aber wäre es möglich gewesen ohne einen bürokratischen Apparat. Zu diesem Apparat gehörte auch die Polizei.

Genau aus diesem Grund nehme ich den heutigen Gedenktag als Polizeipräsident von Frankfurt am Main zum Anlass, um mich an die Öffentlichkeit zu wenden. Denn ohne die Mahnung von

Auschwitz ist eine den Menschenrechten verpflichtete Polizeiarbeit nicht möglich.

Auschwitz ist der Endpunkt einer Kette, deren Anfang weit zuvor beginnt: Bestimmte Gruppen von Menschen wurden als „feindlich“ oder „minderwertig“ markiert, sie wurden in Karteien von Behörden nach definierten Kriterien geführt, sie wurden aus ihren Wohnungen geworfen, zu Sammelpunkten verbracht und schließlich mit Zügen in die Lager deportiert.

Das war in Frankfurt am Main nicht anders als in anderen Orten in Deutschland. Die Polizei hatte daran wesentlichen Anteil. Nach Berlin lebten zu Beginn der NS-Diktatur in Frankfurt am Main die meisten Jüdinnen und Juden im ganzen Land, nirgendwo war der Anteil an der Gesamtbevölkerung so groß wie hier. Man hätte allen Grund gehabt, stolz auf das reichhaltige jüdische Leben in der Stadt zu sein. Stattdessen wurden sie seit Beginn der NS-Diktatur systematisch ausgegrenzt. Beginnend mit der Nacht vom 09. zum 10. November 1938 drangen marodierende SA-Männer in die Synagogen der Stadt ein, plünderten sie und setzten sie in Brand. Sie brachen Thora-Schreine auf, zerrissen und zerstreuten die Schriftrollen und zerschlugen Kultgegenstände – auch völlig ungeniert vor den Augen von Beistehenden. Auch das Verwaltungsgebäude der Israelitischen Gemeinde sowie jüdische Geschäfte und Kultur- und Wohlfahrtseinrichtungen wurden geplündert und zerstört. Die Betroffenen mussten die Entweihung ihrer religiösen Stätten

und ihrer privaten Besitztümer hilflos mit ansehen und Todesdrohungen ertragen. Die Polizei schritt nicht dagegen ein.

Mehr noch mit dem Pogrom verbunden – das soll zu diesem Anlass ausdrücklich betont werden – war die wohl bis dahin umfassendste Polizeiaktion der NS-Diktatur im Reich und auch in Frankfurt am Main.

Die Gestapo in Frankfurt am Main hatte den Befehl, tausende männliche Juden zwischen 16 und 60 Jahren festzunehmen, damit sie deportiert werden konnten. Verhaftungslisten lagen bereits vor. Unterstützt von der Kriminalpolizei, der Schutzpolizei und der SS wurden innerhalb von vier Tagen rund 3.000 Juden aus Frankfurt am Main und dem Umland verhaftet und in die Festhalle gebracht. Dort waren sie den Schikanen ihrer Wärter ausgesetzt, mussten zum Spaß der anwesenden SS-Männer und Polizisten exerzieren und auf dem Boden kriechen. Der Weitertransport zum Südbahnhof, bei dem sie Schlägen und Tritten ausgesetzt waren, und auch die Deportation per Zug zu den Konzentrationslagern Buchenwald und Dachau wurde durch die Schutzpolizei bewacht.

Aus der Retrospektive wissen wir, dass dies nur der vorläufige Höhepunkt der Judenverfolgung war. Was folgen sollte, stellte die Barbarei dieses Ereignisses noch einmal in den Schatten. Im besetzten Ausland erlangte etwa das Polizeibataillon 306 aus Frankfurt am Main traurige Berühmtheit. Zwischen 1941 und 1942 war es an der Räumung jüdischer Ghettos sowie der

Erschießung von Jüdinnen und Juden, Polinnen und Polen sowie sowjetischen Kriegsgefangenen beteiligt. In Frankfurt am Main selbst begannen am 19. Oktober 1941 die systematischen Massendeportationen jüdischer Menschen, die nur noch ein Ziel hatten: die Auslöschung jüdischen Lebens. Am 15. März 1945 erfolgte die letzte Deportation, elf Tage vor der Befreiung der Stadt durch die US-Amerikaner wurden noch fünf Juden nach Theresienstadt deportiert. Insgesamt waren 12.800 Opfer zu beklagen, nur etwa 300 kehrten aus den Lagern zurück.

Diese Taten waren nicht ohne eine umfassende Zusammenarbeit zu erreichen: Parteiorganisationen, die Gestapo, die Stadtverwaltung, die Schutzpolizei und die Kriminalpolizei arbeiteten Hand in Hand. Die Menschen hatten nur kurze Zeit – meist nur 2 Stunden – um einige Sachen zu packen und wurden u. a. von Polizisten aus ihren Wohnungen geholt und in den Kellern der Großmarkthalle unter widrigsten Bedingungen zusammengepfercht. Von dort fuhren die Züge unter Bewachung meist durch Schutzpolizisten Richtung Osten, für die überwiegende Mehrheit von ihnen in den Tod.

Neben der Verfolgung von Jüdinnen und Juden beteiligte sich die Polizei auch an der Verfolgung und Unterdrückung von Sinti und Roma, Vertretern der Kirchen, Angehörigen der Zeugen Jehovas (die sich bis 1931 als Bibelforscher bezeichneten), Homosexuellen, politischen Oppositionellen, Kriegsgefangenen sowie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern.

Der Terror der Nazis und insbesondere der SS wäre ohne die Unterstützung der Polizei nicht möglich gewesen. Auch die Polizei der Stadt Frankfurt am Main war integraler Bestandteil dieses Systems. Und das betrifft nicht nur die Gestapo, sondern wie erwähnt, auch die Kriminal- und die Ordnungspolizei. Wenn wir also heute über Polizeiarbeit reden, dann kommen wir an unserer eigenen Geschichte nicht vorbei. Wir wollen eine Polizei sein, die sich den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ohne jede Einschränkung durch eine bewusste innere Haltung verpflichtet fühlt. Wir wollen eine Polizei sein, die dabei hilft, Ausgrenzung zu vermindern und nicht zu fördern.

Ich habe den NS-Opfer-Gedenktag daher gewählt, um ein deutliches Zeichen zu setzen – ein Zeichen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und jede andere Menschenfeindlichkeit.

Die Chatgruppen mit rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Inhalten und die Verdachtsfälle um den sogenannten „NSU 2.0“ in der Frankfurter Polizei haben uns und auch mich persönlich bis ins Mark erschüttert. Als Polizei der Stadt Frankfurt am Main gehen wir mit allen dienstrechtlichen Konsequenzen gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte vor, die extremistische und menschenfeindliche Haltungen vertreten. Daneben führen wir aber auch zahlreiche andere Maßnahmen zur Prävention dagegen durch.

Es ist notwendig, die Resilienz innerhalb der Polizei zu entwickeln und zu fördern, um die demokratischen Grundwerte noch weiter zu stärken. Hierzu wurden und werden innerhalb des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main zahlreiche Maßnahmen ergriffen.

Um eine Bündelung aller dieser Maßnahmen gegen Extremismus zu erreichen, wurde vom PP Frankfurt am Main eine Arbeitsgruppe namens „AG Fokus“ eingerichtet. Bereits der Name zeigt, dass wir einen Fokus darauf legen wollen, gemeinsam gegen Menschenfeindlichkeit vorzugehen.

Einige Maßnahmen führen wir bereits seit Jahren durch, wie etwa die Prüfung extremistischer Einstellungen bei Bewerberinnen und Bewerbern, die mittlerweile selbstverständliche Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund, spezifische antidiskriminierende Inhalte des Curriculums der Hochschulausbildung der Polizistinnen und Polizisten und Maßnahmen der Behörden im beruflichen Alltag, d. h. berufsbegleitend.

Es ist unsere Zielsetzung, die Resilienz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen Extremismus und Rassismus zu erhöhen. Besonders wichtig ist es mir, dass ich als Polizeipräsident grundsätzlich und deutlich klare Worte zu diesem Thema finde.

Dezidiert fragen wir uns nach möglichen Ursachen von Fehlverhalten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie z. B.

Belastungen und Negativerfahrungen der Polizeibeschäftigten in Brennpunktrevieren oder möglichen Defiziten bei der politischen Bildung.

Unseren Erkenntnissen nach ist von einem multifaktoriellen Ursachenbündel auszugehen, weshalb wir in der AG Fokus acht Themenkomplexe ermittelt haben, anhand derer wir uns mit dem Thema beschäftigen. Dies sind: Achtsamkeit, Begleitung der Berufsanfänger von der Hochschule in die Polizeibehörde, Fehlerkultur, Fortbildung im Job, Interne Kommunikation in der Behörde, Rotation, Supervision und Verantwortung der Führungskräfte. Intensiviert wurde darauf aufbauend unsere Führungskräftefortbildung im Polizeipräsidium. Im Bereich der Interkulturellen Sozialkompetenz haben wir hier im Haus zwei zusätzliche Stellen eingerichtet. Es finden nun noch stärker als zuvor entsprechende Seminarreihen und Workshops zur Sensibilisierung statt. Der Austausch mit externen Stellen zu möglichen Kooperationen, wie z. B. der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe), ist dabei ebenfalls ein wichtiger Bestandteil. Zudem gibt es Supervisionsmöglichkeiten.

Wir besuchten im Rahmen von Informationsveranstaltungen beispielsweise die Westend-Synagoge und den Hochbunker mit einer Ausstellung zum jüdischen Leben in Frankfurt und nehmen z. B. am Runden Tisch des „Hauses am Dom“ teil. Hier ist auch ein übergreifendes Konzept gegen Antisemitismus geplant. Ferner sind Veranstaltungen von unserer Seite mit muslimischen

und jüdischen Gemeindevertretern zu „Polizei und Rassismus“ geplant. Auch „racial profiling“ wird von uns proaktiv thematisiert. Ohne eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte wären die beschriebenen Maßnahmen aber unvollständig. Gerade angesichts des Ablebens der letzten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der nationalsozialistischen Gräueltaten ist es mir ein ganz persönliches Anliegen, das geschehene Leid in Erinnerung zu behalten. Wir hier ganz konkret bei der Polizei in Frankfurt am Main wollen aus der Geschichte lernen, damit dies nie wieder geschehen kann! Wir wollen uns dabei aber nicht nur erinnern:

Wir wollen ein Zeichen setzen!

Ein Zeichen gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus – durch die Taufe der drei großen Veranstaltungsräume. Sie sollen ab heute nach drei aufrichtigen Polizeibeamten benannt werden, die zur Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus gegen die Nazis gekämpft und sich für Menschlichkeit und Demokratie eingesetzt haben.

In der Zeit des Nationalsozialismus sind viele – viel zu viele! - Polizisten schuldig geworden durch ihr Mitwirken bei der Verfolgung und Tötung von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, politisch Andersdenkenden und weiteren Gruppen, die nicht der Naziideologie entsprachen.

Einige sind jedoch auch aufgestanden gegen dieses Unrecht. Drei dieser tapferen und aufrechten Polizisten, von schätzungsweise 40, wie wir heute wissen, haben wir als Namensgeber der Räume ausgewählt. Wir wollen damit zeigen, dass selbst unter widrigsten Bedingungen – sei es am Ende der Weimarer Republik, als der Druck der Nazis auf die Polizisten, die sich ihnen entgegenstellten, immer größer wurde oder, später, während der nationalsozialistischen Diktatur, als es lebensgefährlich wurde, nicht entsprechend der NS-Ideologie zu handeln – ein aufrichtiges, an demokratischen Werten orientiertes Handeln, möglich war. Wenn das Menschen selbst in einer totalitären Diktatur konnten, dann kann auch der heute oft zitierte Gruppendruck oder gar destruktiver Korpsgeist kein unüberwindliches Hindernis sein, um sich zu den richtigen Werten zu bekennen.

Die drei Räume sollen daher ab heute die Namen von Ferdinand Mührdel, Otto Kaspar und Christian Fries tragen.

Kriminalpolizeirat Ferdinand Mührdel, der auch als „Nazifresser“ bekannt war, war von 1924 bis 1933 Leiter der Politischen Polizei in Frankfurt am Main und trug massiv zur Schwächung der Nationalsozialisten bei. So war er beispielsweise 1931 in die Beschlagnahmung der „Boxheimer Dokumente“ involviert, die Notverordnungen zu einem möglichen Umsturzversuch durch die NSDAP enthielten. Das führte dazu, dass gegen die NS-Bewegung wegen Hochverrats ermittelt wurde. Später wurde er

deswegen inhaftiert und verlor Beruf und Pension. Nach dem Krieg wurde der aufrechte Demokrat Ferdinand Mührdel Polizeipräsident in Frankfurt am Main und dann auch Leiter des späteren Landeskriminalamtes in Wiesbaden.

Polizeimeister Otto Kaspar ist durch die Polizeimeister-Kaspar-Straße auf der Nordseite des Präsidiums bekannt, nach dem sie auch benannt wurde. Otto Kaspar machte sich während seines Dienstes auf dem 4. Revier als Schützer der jüdischen Familie Senger verdient. So manipulierte er zunächst die Einwohnermeldeamtskarte der Familie und ließ sie dann ganz verschwinden. Die Familie Senger konnte so als einzige jüdische Familie in Frankfurt und trotz des kommunistischen Engagements der Eltern Senger unentdeckt die Verfolgung überstehen. Valentin Senger setzte dem tapferen Polizeibeamten Otto Kaspar in seinem autobiographischen Roman „Kaiserhofstraße 12“ ein Denkmal.

Christian Fries tat sich ebenfalls bei der Politischen Polizei bei der Verfolgung politisch motivierter Straftaten hervor. Ein Schlag gegen eine rechtsextreme Terrorgruppe aus SA-Leuten und NSDAP-Mitgliedern gelang ihm z. B. im April 1932, wo er den Haupttäter eines Anschlags auf das Roxy-Kino an der Konstabler Wache verhaftete. Das Kino hatte den Film „Im Westen nichts Neues“ gezeigt, der bei den Nazis verhasst war. Fries beteiligte sich als Fluchthelfer für den jüdischen Professor Herxheimer und dessen Hausdame Henriette Rosenthal und

auch bei der Verschwörung zur Tötung Hitlers am 20. Juli 1944. So gehörte Christian Fries mit weiteren Kollegen einem von dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner geknüpften zivilen Widerstandsnetzwerk an.

In einer Zeit des moralischen Niedergangs haben diese drei Polizeibeamten die richtige Seite gewählt und trotz zahlreicher Hindernisse und unter Lebensgefahr an den Werten festgehalten, für die wir auch heute einstehen. Sie sind für uns Vorbilder, die unter großen persönlichen Einbußen das gelebt haben, was auch wir heute als Polizei verkörpern wollen.

Eine Kurzbeschreibung zu dem Leben der drei Polizeibeamten findet sich in dem jeweiligen Raum, der heute nach dem Polizisten benannt wird.

Zudem wird zum Anlass der Taufe ein Buch vom Polizeipräsidium Frankfurt am Main herausgegeben. Es trägt den Titel: „Die Frankfurter Polizei und drei aufrechte Beamte im Nationalsozialismus“. Hier findet sich zunächst einen Beitrag von Herrn Lutz Becht, einem Historiker und ehemaligen Mitarbeiter des Instituts für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, der ein ausgewiesener Kenner der Zeit des Nationalsozialismus ist. Er beschreibt die Rolle der Polizei im Nationalsozialismus und deckt in seinem Beitrag deren Verbrechen auf. Es ist mir ganz persönlich ein Anliegen, dass wir auch und gerade in der heutigen Zeit diese Verstrickungen der Polizei in menschenfeindliche Gräueltaten thematisieren. Diesem

Mitschuldigwerden so vieler Polizisten werden im Buch die Biographien der drei Personen –Ferdinand Mührdel, Otto Kaspar und Christian Fries – als Beispiele entgegenstellt, dass ein anderes Handeln möglich war! Die Beiträge zu diesen dreien im Buch stammen von Herrn Dr. Thomas Bauer, einem heutigen Mitarbeiter des Instituts für Stadtgeschichte. Er hat die Biographien ehrenamtlich und ebenfalls mit einer hervorragenden Fachkenntnis angefertigt. Für die wertvolle Kooperation möchte ich mich hiermit nochmals bei beiden und auch beim Institut für Stadtgeschichte der Stadt Frankfurt am Main bedanken. Dadurch ist es nun möglich, noch mehr Informationen zu diesen drei aufrechten Demokraten und ihrem Leben erhalten zu können.

Die drei tapferen Männer, deren Biographien in diesem Buch zusammengestellt wurden, sind Vorbilder für jede und jeden von uns und erst recht für Polizistinnen und Polizisten. Durch ihre Viten sollen sie Orientierung für die jetzige und künftige Polizeigenerationen geben und Denkprozesse anstoßen. Aus der Geschichte und auch aus ihrer Geschichte zu lernen heißt, dass jede und jeder einzelne entscheiden muss, auf welcher Seite er oder sie steht. Für uns als Polizei kann dies nur die Seite der freiheitlich demokratischen Grundordnung sein! Damit stellen wir uns auf die Seite der Opfer und Gefährdeten, derjenigen, die aus menschenfeindlichen Gründen diskriminiert werden. Ihre Rechte wollen wir schützen und verteidigen!

Wie ich bereits angedeutet habe, ist es nicht unsere Absicht, bloße „Heldengeschichten“ von Polizisten zu erzählen. Die Polizei war während der NS-Zeit ein zentrales Machtinstrument in der Hand der Nationalsozialisten, der Großteil der Polizisten ist ihnen willfährig gefolgt. Erst vor diesem Hintergrund wird die tiefere Bedeutung der drei genannten Polizeibeamten überhaupt deutlich.

Um diesen Punkt ganz deutlich hervorzuheben, wird mit dem heutigen Tag, dem 27. Januar 2021, auch eine Ausstellung zur Polizei im Nationalsozialismus hier im Polizeipräsidium eröffnet. Diese ist unter der Federführung von Herrn Dr. Wolfgang Schulte von der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster (Nordrhein-Westfalen) entstanden und soll den Beitrag der deutschen Polizei zum nationalsozialistischen Terrorregime ungeschönt darstellen. Dieses schreckliche Vermächtnis mahnt uns und erinnert uns an unsere heutige Verantwortung.

Rechtsextremistische und rassistische Verdachtslagen innerhalb der Polizei, rechtsterroristische Anschläge wie der von Hanau am 19. Februar 2020 und das in der Gesellschaft um sich greifende rechtsextremistische Gedankengut sind besorgniserregend. Auch wenn die heutige Situation nicht mit der zum Ende der Weimarer Republik gleichzusetzen ist, so gilt für uns doch:

Wehret den Anfängen! Für mich ganz persönlich gilt dabei die tiefgreifende und festverwurzelte Überzeugung, dass wir uns als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main maßgeblich und aktiv für die Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung einzusetzen haben! Dazu gibt es keine Alternative!